

# QUALIFIZIERTE IMMIGRATION

HERWIG BIRG

*über das deutsche Bevölkerungsproblem und dessen Therapie*

Bisher schien es ernsthafteste Bevölkerungsprobleme nur in den Entwicklungsländern zu geben. Diese Sichtweise gehört jetzt der Vergangenheit an: Die UN bezeichnen in ihrer neuesten Studie die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland und Europa in ungewöhnlich eindringlicher Sprache als „dramatisch“ und die daraus folgenden politischen und ökonomischen Probleme als „ernst“.

Der drastische Geburtenrückgang in Deutschland in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten bedeutet im jetzt beginnenden Jahrzehnt eine ebenso drastische Abnahme der Zahl der potenziellen Eltern. Bei der schon seit einem Vierteljahrhundert konstant niedrigen Geburtenrate von 1,2 bis 1,4 Kindern pro Frau würde die Bevölkerungszahl – ohne Einwanderungsüberschüsse – bis 2050 von 82 Millionen auf 55 bis 60 Millionen und bis 2100 auf 24 bis 30 Millionen abnehmen.

Die Bevölkerungsschrumpfung ist weder gut noch schlecht, sie ist nur wegen ihrer negativen Auswirkungen ein großes Problem, vor allem wegen ihrer Folgen für die Renten- und Krankenversicherung, später auch für die Pflegeversicherung. Denn Bevölkerungsschrumpfung ist unlöslich mit demografischer Alterung verbunden: Während heute das Verhältnis der über 60-Jährigen zu den 20- bis 60-Jährigen – der so genannte Altenquotient – bei 38 Prozent liegt, würde er sich bei einer nur mäßigen Steigerung der Lebenserwartung auf 100 Prozent erhöhen, bei einer stärkeren Steigerung sogar auf 128. Auf jeden Erwerbstätigen würde dann mehr als ein Rentner entfallen! Diese Verdopplung bis Verdreifachung des Altenquotienten bedeutet, dass die Beitragssätze der Renten- und Krankenversicherung ebenfalls auf mindestens das Doppelte erhöht oder alternativ das Rentenniveau und das Niveau der Gesundheitsversorgung auf die Hälfte verringert werden müssten. Diese Schlussfolgerung ist sachlich ebenso unbestreitbar wie politisch undurchführbar.

Was tun? Die UN empfehlen den Ländern Europas, das unvermeidliche Geburtendefizit durch Einwanderungen Jüngerer auszugleichen, auch wenn dadurch die dramatische Alterung nicht vermieden, sondern nur mäßig verringert werden kann. Für Deutschland nennt die Studie eine Netto-Einwanderung von 500 000 Personen pro Jahr bis 2050 – also zu den jetzt 7 bis 8 Millionen Einwanderern weitere 25 Millionen –, wobei besorgt auf die dadurch zu erwartenden Integrationsprobleme hingewiesen wird, denen die deutsche Bevölkerung angeblich weniger gut gewachsen sei als die



Bevölkerung in den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien. Den Verfassern der Studie ist anscheinend nicht bekannt, dass Deutschland schon vor dem Zusammenbruch des Ostblocks auf 100 000 Einwohner bezogen drei- bis viermal so viel Einwanderer

aufnahm wie die mit Deutschland verglichenen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien.

Die Diagnose der UN stimmt, aber die für Deutschland empfohlene Therapie ist falsch. Deutschland braucht nicht irgendwelche Einwanderer, sondern beruflich qualifizierte Menschen, weil zugewanderte potenzielle Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger das Problem verschärfen, statt es zu mildern. Das für die berufliche Qualifikation entscheidende Bildungsverhalten der Zugewanderten unterscheidet sich extrem von dem der deutschen Bevölkerung und zeigt so gut wie keine Tendenz zur Angleichung: Bei den Deutschen besuchen 17,1 Prozent der 20- bis 25-Jährigen eine Hochschule, bei

den Eingewanderten und ihren Nachkommen nur 2,8 Prozent. Ein Fünftel der Ausländer verlassen die Hauptschule ohne Abschluss.

Deutschland braucht dringend eine Bildungsoffensive für die schon hier lebenden Zugewanderten und eine Einwanderungspolitik für die noch kommenden. In einem mit der Europäischen Union abgestimmten Einwanderungsgesetz sollten drei Gruppen von Zugewanderten unterschieden werden, für die gesonderte Kontingente festgelegt werden müssten: Zuwanderungen aus hu-

manitären Gründen (Flüchtlinge und Asylbewerber), Zuwanderungen für die Familienzusammenführung und Zuwanderungen zu arbeitsmarktpolitischen Zielen. Bei der dritten Gruppe könnten die USA für Deutschland ein Vorbild sein, die Menschen in den beiden anderen Gruppen werden jedoch in Deutschland besser behandelt als in den USA.

Die Geburtenrate in Deutschland müsste von 1,3 auf den extremen Wert von 3,8 Kindern pro Frau steigen, wenn dadurch die Zunahme des Altenquotienten vermieden werden soll. Weil das nicht geschehen wird, muss sich Deutschland auf die demografische Alterung bzw. auf die Bevölkerungsschrumpfung als ein unabwendbares Problem einstellen – mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Die mit einem Einwanderungsgesetz gesteuerte Zuwanderung, verbunden mit maßvoller Bevölkerungsschrumpfung, ist dabei ein wesentlich sinnvolles Ziel als die von den UN empfohlene Konstanz der absoluten Zahl der Einwohner oder Biegen und Brechen.

BERLINER REPUBLIK

*„Deutschland braucht nicht irgendwelche Einwanderer, sondern beruflich qualifizierte“*

HERWIG BIRG (61) ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld